

## Ehrung eines Nazitäters?

Von unserem Gastautor Joachim Hennig

**Koblenz-Raumental.** Im Koblenzer Stadtteil Raumental gibt es ein Viertel, dessen Straßen vielfach nach preußischen Beamten und Feldherren benannt sind: Blücherstraße, Scharnhorststraße, Gneisenaustraße, Yorckstraße, Boelckestraße, Steinstraße.

Eine Straße trägt den Namen Syrup – dies auch wohl zur besseren Identifizierung mit dem Vornamen Friedrich. Die Friedrich Syrup-Straße ist keine große Straße, auch keine Durchgangsstraße. An ihrem Anfang und Ende stehen neuere und größere Häuser, in ihrer Mitte kleine Einfamilienhäuser. Diese sind nach einem einheitlichen Entwurf wohl um 1930 entstanden, Siedlungshäuser wie sie damals in der schweren Zeit der Weltwirtschaftskrise üblich waren. Ein Schild am Straßennamen trägt den Zusatz: „Reichsarbeitsminister 1932 – 1933“.

In den letzten Tagen ist diese Namensgebung wieder einmal in das Bewusstsein aufmerksamer Koblenzer Bürger geraten. Auslöser war der Gedenktag am 22. März 2017 zur Erinnerung an die 1. Deportation von 338 Menschen jüdischer Herkunft aus Koblenz und Umgebung. Wie 75 Jahre zuvor trafen sich Koblenzer Bürger in der heutigen Freiherr vom Stein-Schule in der Steinstraße und gingen den Weg, den die 338 Menschen damals zum Abtransport vom Lützeler Bahnhof und damit in den Holocaust gehen mussten. Auf dem Weg dorthin machten sie Halt an der Synagoge, wo Totengebete gesprochen wurden. Dabei passierten sie auch die Friedrich Syrup-Straße. Nicht wenige fragten sich: Wer war dieser Friedrich Syrup – „Reichsarbeitsminister 1932 – 1933“? Einige gingen auf Spurensuche.

### Wer war dieser Friedrich Syrup?

Die Spurensuche des Schreiners dieser Zeilen ergab Folgendes: Friedrich Syrup wurde 1881 in Lüchow im Wendland geboren. Er stammte aus kleinen Verhältnissen – wie man so sagt –, war einziges Kind eines Postsekretärs II. Klasse. Nach dem Studium von Maschinenbau, Physik sowie Rechts- und Staatswissenschaften trat er 1905 in die preußische innere Verwaltung ein und war bis Ende des Ersten Weltkriegs bei der Gewerbeaufsicht tätig.

Zu Beginn der Weimarer Republik begründete er das Reichsamt für

Arbeitsvermittlung und war ab 1920 dessen erster Präsident. Im Jahr 1927 wurde die Arbeitslosenversicherung durch Gesetz eingeführt und der weiterhin selbständigen Reichsanstalt als neue Aufgabe übertragen.

Görings im selben Jahr vor über 100 Industriellen deutlich. Er sagte: „Die Auseinandersetzung, der wir entgegengehen, verlangt ein riesiges Ausmaß von Leistungsfähigkeit. Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen. Allein entscheidend ist

ten, etwa für den Bau des Westwalls. Nach den Novemberpogromen 1938 („Reichspogromnacht“) und der „Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ organisierte er mit seinen Arbeitsämtern die Dienstverpflichtung der Juden

1939 kapitulierte, waren in Polen bereits 70 Arbeitsämter eingerichtet. Ihre wesentliche Aufgabe war die Zwangsrekrutierung ziviler Arbeitskräfte für den Einsatz im „Altreich“. Nur anfangs ging das auf freiwilliger Basis, dann übten die deutschen Stellen auch Zwang aus. Im April 1940 stimmte Syrup einer „vorsichtigen Anwendung von Zwangsmaßnahmen“ zu. Bald gab es Geiselnahmen, Verhaftungen und Razzien.

Syrup war auch dabei, als die NS-Führung die Ausbeutung der Sowjetunion plante. Der „Wirtschaftsführungsstab Ost“ unter Vorsitz von Göring und mit u.a. Syrup als Mitglied hatte die Aufgabe in den überfallenen Gebieten Treibstoff und Getreide sowie aus der Zivilbevölkerung Zwangsarbeiter zu beschaffen. Ziel war, die Wehrmacht möglichst aus dem besetzten Land zu versorgen, die Kriegsproduktion zu erhöhen und die deutsche Bevölkerung zu ernähren. Sieben Wochen vor dem Überfall auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“) traf sich offensichtlich der Wirtschaftsführungsstab Ost.

Als Ergebnis der Besprechung wurde festgehalten: „1. Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“ Ein halbes Jahr später sagte der Vorsitzende Göring: „In diesem Jahr werden in Russland zwischen 20 und 30 Millionen Menschen verhungern. Und vielleicht ist das gut so, denn gewisse Völker müssen dezimiert werden.“



Die Friedrich-Syrup-Straße in Koblenz-Raumental.

Foto: Privat

Am Ende der Weimarer Republik war Syrup im Präsidialkabinett Kurt von Schleichers acht Wochen lang Reichsarbeitsminister. Nach dem Rücktritt Schleichers als Reichskanzler und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde Syrup wieder Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Nach der Machtübernahme „schalteten“ die Nationalsozialisten die Reichsanstalt „gleich“ und schafften die Selbstverwaltung der Reichsanstalt und die freie Berufswahl der Arbeitnehmer ab. Mit der folgenden „Lenkung der Arbeitskräfte“ bereiteten sie den von Hitler schon 1933 angekündigten Krieg vor. In dieses Unrechts- und Terrorsystem war Syrup auch persönlich eingebunden und aktiv.

1936 ernannte Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan Syrup zugleich zum Mitglied des Generalrats für den Vierjahresplan und zum Leiter der „Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz im Vierjahresplan“. Dieser Plan hatte die von Hitler erteilte Aufgabe, das Deutsche Reich binnen vier Jahren durch Autarkie und Aufrüstung in die Lage zu versetzen, wirtschaftlich und militärisch einen Krieg zu führen. Um was es da ging, machte eine Rede

hier der Sieg oder Untergang. (...) Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen.“

Syrup, der nach der zum 1. Mai 1933 verfügten umfassenden Aufnahmesperre „erst“ im Jahr 1937 in die NSDAP eintrat, arbeitete intensiv an Konzepten, um den immer deutlicher werdenden Arbeitskräftemangel zu beheben. Dazu gehörte die Aktion „Arbeitsscheu Reich“. Dabei wurden in zwei Verhaftungswellen im April und im Mai/Juni 1938 mehr als 10.000 Männer in Konzentrationslager verschleppt. Mit der Durchführung dieser Aktion war die Gestapo beauftragt. Die nötigen Informationen für die Aktion und die Festnahmen lieferten die Arbeitsämter. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich erklärte dazu: „Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und lässt nicht zu, dass soziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren.“

Während der „Sudentenkrise“ 1938 sorgte Syrup mit seiner Reichsanstalt und den nachgeordneten Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern für die Dienstverpflichtung der Arbeiter für kriegswichtige Tätigkei-

ten im „geschlossenen Arbeitseinsatz“. Eine weitere organisatorische Straffung brachte Ende Dezember 1938 die Eingliederung der bisher noch selbständigen Reichsanstalt in das Reichsarbeitsministerium. Dadurch wurde Syrup zum 2. Staatssekretär und Leiter der Hauptabteilung V (Arbeitseinsatz) des Reichsarbeitsministeriums.

Im von Hitler-Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg war die (Zwangs-)Rekrutierung von Arbeitskräften Staatsprogramm. Dies zu organisieren war Aufgabe des von Hitler eingerichteten Reichsverteidigungsrates. Er war das höchste Gremium in Fragen der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung und diente unter dem Vorsitz Görings und der Mitwirkung u.a. Syrups „zur Abstimmung von Politik, Wirtschaft und Propaganda mit allen künftigen militärischen Planungen“.

In seiner Sitzung am 23. Juni 1939 ging es um die Massenwerbung ausländischer Arbeitskräfte mit Blick auf den bevorstehenden Krieg. Dazu sprach Syrup über den „Arbeitseinsatz im Mob.Fall“ und die „Menschenbilanz“ für den Krieg.



Friedrich Syrup. Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1986-031-11 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de

### Psychischer Zusammenbruch

An seinem 60. Geburtstag erlitt Syrup, inzwischen zum 1. Staatssekretär ernannt, einen psychischen Zusammenbruch. Er fiel längere Zeit aus, lehnte aber eine Versetzung in den Ruhestand ausdrücklich ab. Stattdessen versah er seinen Dienst und seine weiteren Aufgaben nur noch teilweise. Das genügte Hitler nicht. Syrup war nicht der richtige Mann für die jetzt anlaufende millionenfache Rekrutierung von Zwangsarbeitern. Am 21. März 1942 ernannte er den Gauleiter und Reichsstatthalter von Thüringen Fritz Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA). Sauckel übernahm den Tätigkeitsbereich der „Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz“ beim Beauftragten für den Vierjahresplan und un-

terstellte sich die Hauptabteilung Arbeitseinsatz des Reichsarbeitsministeriums. Damit löste er Syrup als Organisator des Arbeitseinsatzes ab. Syrup zog sich unter diesen Umständen ein Stück weit zurück. Er blieb aber Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium und wurde Mitglied im Führerrat der nationalsozialistischen „Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft“. Diese Gesellschaft entwickelte Konzepte für eine „Neuordnung Europas“ und einen europäischen „Großwirtschaftsraum“ unter deutscher Führung.

### Sein Nachfolger war radikaler, brutaler und verbrecherischer

Syrups Nachfolger war radikaler, brutaler und verbrecherischer als Syrup. Sauckel organisierte die Ver-

schleppung von nahezu sechs Millionen Zwangsarbeitern aus allen besetzten Gebieten Europas nach Deutschland. Ohne sie hätten Hitler und seine Generäle den Krieg bei weitem nicht so lange führen können. Nach der Befreiung war Sauckel Angeklagter im Nürnberger Haupt-Kriegsverbrecherprozess.

Der amerikanische Chefankläger Jackson nannte ihn den „größten und grausamsten Sklavenhalter seit den ägyptischen Pharaonen“. Sauckel wurde 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Syrup wurde von den Sowjets in Berlin festgenommen und in das auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen eingerichtete Speziallager gebracht. Dort starb er wenige Wochen später an einer Erkrankung.

Wie man hört, wird die Frage, ob einem solchen Kriegsverbrecher weiterhin die Ehre einer Straßenbenennung zuteilwerden soll, erneut gestellt und von den GRÜNEN in die städtischen Gremien getragen. Vor zehn Jahren hatte der Historiker und maßgebliche Experte des Bundesarchivs für die NS-Zeit Dr. Heinz Boberach diese Frage schon einmal öffentlich gestellt. Damals wurde sie mit leichter Hand abgetan. Man darf gespannt sein, wie die Verwaltung und die städtischen Gremien in ganz anderer Besetzung heute mit diesem Stück Koblenzer „Erinnerungskultur“ umgehen werden.